

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Zwischenfälle Neukaledonien

Neue blutige Zwischenfälle haben am Sonntag in dem französischen Überseegebiet Neukaledonien die Staatspräsidentenwahl und die Wahl eines neugeschaffenen Regionalparlaments überschattet. Nach amtlichen Angaben wurden acht Gendarmen von Separatisten durch Schüsse und Sprengkörperwürfe verletzt.

Hochwasser Kenia

Nach drei Tagen sintflutartiger Regenfällen sind in Kenia zehn Menschen ertrunken und Tausende obdachlos geworden. Die «Sunday Times» berichtete, die Menschen seien umgekommen, als sie versuchten, Bäche zu durchqueren, die zu reissenden Strömen geworden seien. Am Ufer des Victoria-Sees seien über 1000 Familien obdachlos geworden, weil ihre Häuser in den See geschwemmt worden seien. Ein Erdbeben habe bei Nairobi die Gleise der Bahnlinie nach Westkenia teilweise weggespült.

Grossbrand in Milchproduktfabrik

Bei einem Grossbrand in der Milchfabrik Emmen (LU) haben sich am späten Samstag nachmittag ätzende Dämpfe gebildet. Die Bevölkerung wurde vorübergehend über Radio aufgefordert, die Fenster zu schliessen und in den Häusern zu bleiben. Nach rund zwei Stunden erfolgte die Entwarnung. Personen kamen keine zu Schaden, wie die Luzerner Kantonspolizei an einer Pressekonferenz bekanntgab.

Proteste gegen Atomkraftwerke

In der japanischen Hauptstadt Tokio haben am Sonntag nach Veranstalterangaben etwa 20000 Menschen gegen Atomkraftwerke demonstriert. Es war demnach eine der grössten Antiatomkundgebungen, die es bislang in Japan gab.

Mitterrand und Chirac liegen vorn

Paris (AP) Bei den französischen Präsidentschaftswahlen haben sich einer ersten Trendmeldung zufolge Francois Mitterrand und Jacques Chirac für den zweiten Wahlgang qualifiziert. Sie erhielten am Sonntag 34,5 und 19,5 Prozent der Stimmen. In einer Stichwahl am 8. Mai werden die Wähler entscheiden, ob der Sozialist Mitterrand für weitere sieben Jahre Staatspräsident bleibt oder der gaullistische Premierminister Chirac als sein Nachfolger in den Elyseepalast einzieht.

Für den liberalen ehemaligen Ministerpräsidenten Raymond Barre votierten danach 16,5 Prozent der Wähler, für den ultrarechten Politiker Jean-Marie Le Pen 14,0 Prozent. Die Zahlen wurden um 20.01 Uhr vom französischen Rundfunksender France Inter und vom Fernsehen Antenne-2 genannt.

Regierung besuchte Landsgemeinde

Nidwalden gegen Nagra-Bohrungen am Wellenberg

Stans (AP) Die Nidwaldner Landsgemeinde hat sich am Sonntag grundsätzlich gegen Nagra-Bohrungen am Wellenberg ausgesprochen. Die Regierung, die ein «Ja aber» zum Sondiergesuch empfohlen hatte, erlitt damit zum zweiten aufeinanderfolgenden Mal eine Niederlage in Atomfragen. Umstritten waren auch das neue Bau- und das neue Heimatschutzgesetz. Beide Erlasse wurden schliesslich gutgeheissen, wobei das Heimatschutzgesetz allerdings mit der Verbandsbeschwerde ergänzt wurde.

Bei bedecktem Wetter kam es im Ring in Wil an der Aa bei Stans zu einem Grossaufmarsch der Stimmberechtigten. Unter den Ehrengästen waren Bundesrat Adolf Ogi, Biga-Direktor Klaus Hug und die Regierung des Fürstentums Liechtenstein. Angesichts der Bohrpläne der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) hatte sich

die Nidwaldner Landsgemeinde bereits vor Jahresfrist gegen den Willen der Regierung ein Mitspracherecht in Atomfragen gegeben. Den Nidwaldnerinnen und Nidwaldnern lag nun die Vernehmlassung des Regierungsrats zum Sondiergesuch der Nagra im Mergelgestein des Wellenbergs vor. Die Regierung befürwortet darin unter gewissen Bedingungen den Bau eines horizontalen Stollens im Hinblick auf ein mögliches Lager für kurzlebigen Atommüll, wendet sich aber gegen die Nagra-Pläne zur Abklärung eines Tiefenlagers für langlebige radioaktive Abfälle.

Entgegen dem Antrag der bürgerlichen Parteien lehnte die Landsgemeinde diese Stellungnahme jedoch mit klarem Mehr ab und folgte damit dem Antrag des «Demokratischen Nidwalden» und der SP, die gegen jegliche Nagra-Bohrungen am Wellenberg sind.



Die liechtensteinische Regierung nahm am Sonntag als Ehrengast an der Landsgemeinde in Nidwalden teil. Vor der demokratischen Auseinandersetzung im Ring trafen die Mitglieder der Regierung mit Vertretern der Nidwaldner Kantonsregierung zu einem Gespräch zusammen. (Bild: AP)

Eröffnung «Berlin – Kulturstadt Europas 1988»

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille unter den Ehrengästen im Schloss Charlottenburg

Der Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, eröffneten am Samstag die Feier zum Europäischen Kulturjahr 1988 in Berlin im Schloss Charlottenburg. Unter den Gästen befand sich auch Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, der in Begleitung seiner Frau als zuständiger Ressortinhaber für Kultur nach Berlin gereist war.

«Berlin – Kulturstadt Europas 1988» wurde durch Ansprachen von Eberhard Diepgen, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, von Aussenminister Hans-Dietrich Genscher sowie von Felipe Gonzales, Ministerpräsident des Königreichs Spaniens, eröffnet.

West-Berlin soll als Zentrum von Wissenschaft und Kultur die einstige Spitzenposition in Europa zurückgewinnen. Im letzten Jahr beging die geteilte Metropole mit Ausstellungen, mit Konzerten und zahlreicher anderer Aktivitäten ihren 750. Geburtstag. Dieses Jahr stellt sich Berlin als «Kultur-Stadt Europas» vor.

Die Christlichdemokraten von Bundeskanzler Helmut Kohl, die zusammen mit den Freien Demokraten auch die Regionalregierung West-Berlins stellen, haben das Engagement für die Stadt massiv verstärkt. Die Stadt soll zu einem internationalen Zentrum für Wissenschaft, Kultur und Kongresse werden.



Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille (links) nahm als zuständiger Ressortinhaber für Kultur am Samstag an der Eröffnungsfeier zum Europäischen Kulturjahr 1988 in Berlin teil. Unser Bild zeigt den liechtensteinischen Kulturminister mit Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen. In der Bildmitte Madeleine Wille. (Bild: AP)

Neuer SPÖ-Vorsitz

Wien (AP) Die Wiener SPÖ, mitgliederstärkster Landesverband der Sozialistischen Partei Österreichs, hat auf ihrem Parteitag neuerlich den Rücktritt von Bundespräsident Kurt Waldheim gefordert. Die Präsidentschaftskanzlei wies die Forderung zurück. Erwartungsgemäss wurde auf dem Parteitag am Samstag der Wiener Finanzstadtrat Hans Mayr zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Mit nur zwei Gegenstimmen folgten die Delegierten einem Antrag der Sozialistischen Freiheitskämpfer, wonach die leitenden Gremien der Partei aufgefordert werden, «entschieden für den Rücktritt dieses Bundespräsidenten einzutreten, der zu einer unerträglichen Belastung geworden ist». Der Wunsch auf Aufnahme eines Passus mit der Forderung nach Amtsenthebung des Staatsoberhauptes wurde mit Rücksicht auf die verfassungsmässige Problematik abgelehnt. Bereits im Juni des vergangenen Jahres hatte die Wiener SPÖ auf ihrem Parteitag den Rücktritt Waldheims verlangt. Die Präsidentschaftskanzlei erklärte zur neuerlichen Demissionsforderung, «der Bundespräsident wird sich weder durch Beschlüsse von Teilorganisationen politischer Parteien, noch durch ähnliche, den demokratischen Grundprinzipien widersprechende Vorgänge, davon abhalten lassen, das ihm vom österreichischen Volk in freier demokratischer Wahl übertragenes Mandat weiter auszuüben».

Die 833 Delegierten des Landesparteitages wählten den Finanzstadtrat Hans Mayr zum neuen Landesvorsitzenden.

Festakt und Konzert für 25 Jahre Musikschule

Die Liechtensteinische Musikschule feierte ihr 25jähriges Bestehen in Balzers



Die Liechtensteinische Musikschule, die als kulturelle Institution in unserem Lande nicht mehr wegzudenken ist, feierte am Wochenende das 25jährige Bestehen mit einem Festakt und einem Konzert der verschiedenen Orchester und Chöre. Unser Bild zeigt das Orchester, dirigiert von Josef Frommelt, seit vielen Jahren Leiter der Musikschule. (Bild: Brigitt Risch)

Tanker angegriffen

Manama (AP) Ein iranisches Schnellboot hat am Sonntag nach Angaben von Schiffsfahrtskreisen im Persischen Golf einen saudiarabischen Tanker angegriffen und leicht beschädigt. Nur wenige Stunden vorher hatte der amerikanische Präsident Ronald Reagan Iran erneut vor Übergriffen auf Schiffe neutraler Staaten gewarnt. Der indische Kapitän des unter der Flagge Liberias fahrenden saudiarabischen Schiffs berichtete nach der Ankunft in Dubai, die Iraner hätten etwa ein Dutzend Raketen auf sein Schiff abgefeuert. Ein Geschoss habe den Tanker getroffen, sei aber nicht explodiert.

Die amerikanische Regierung hatte am Freitag beschlossen, ihre Schutzfunktion im Persischen Golf auszubauen. Regierungsbeamte teilten mit, das US-Kriegsschiffe künftig Handelsschiffe neutraler Länder im Falle eines Angriffs zu Hilfe eilen sollen. Reagan sagte am Samstag in seiner wöchentlichen Rundfunkrede: «Die iranische Führung muss lernen, dass fortgesetzte militärische und terroristische Angriffe gegen nicht am Krieg beteiligte Staaten und die Weigerung, über ein Ende des Krieges zu verhandeln, für Iran und sein Volk sehr teuer werden kann.»

Schöner arbeiten mit LISTA

33 Center

A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT
NEUBAU, FL. 9485 TRIESSEN
TELEFON 075/2 88 77